



IDA

Informations- und
Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung e.V.

Infomail 04/2026, 27. Jg.

IDA-Infomail

Nummer 4

August 2026, 27. Jg.

Editorial

● Neues von IDA, IDA-NRW & OBR	2
● Vielfalt-Mediathek	4
● Mitgliedsverbände	6
● Aktion & Information	8
● Seminare & Tagungen	19
● Feier- & Gedenktage	22
● Impressum	23

Neues von IDA-NRW und OBR:

■ Kooperationsveranstaltung „Precious Bodies_Precarious Lives“ 2026

Am 17. Oktober 2026 findet die diesjährige Kooperationsveranstaltung der Projekte projekt.kollektiv (IDA-NRW) und Q_munity (Queeres Netzwerk NRW) statt. Die ganztägige Veranstaltung nimmt die Themenfelder Dekolonialität, Verbundenheit und Communities in den Blick und wird in Köln durchgeführt. Organisiert wird sie von projekt.kollektiv und Q_munity, unterstützt von Coach e.V.

Detailliertere Infos erfolgen zeitnah über die Kanäle des projekt.kollektiv bzw. des IDA-NRW und des IDA e.V.

■ projekt.kollektiv: „Polykrise und Widerstandskraft. Digitale Austauschräume zur Stärkung und Vernetzung“

Viele von uns merken, wie die sich kontinuierlich zuspitzende gesellschaftliche und politische Lage und die Auswirkungen der „Polykrise“ zu Überforderung und Gefühlen der Machtlosigkeit führen. Dabei fehlen uns als Mitarbeitenden in sozialen und pädagogischen Berufen und in Kontexten der rassismuskritischen politischen Bildungsarbeit oft Möglichkeiten und Orte, um zusammenzukommen und uns gemeinsam darüber zu beraten. Deshalb laden wir euch herzlich ein, im kollegialen Austausch miteinander ins Gespräch zu kommen und die Suche nach Perspektiven, Stärkung und Widerstandsformen gemeinsam zu gestalten.

Die vier digitalen Austauschräume 2026 stehen unter dem Titel „Polykrise und Widerstandskraft. Digitale Austauschräume zur Stärkung und Vernetzung“. Sie richten sich an pädagogische und sozialarbeitende Fachkräfte und Multiplikator:innen, die in den Kontexten Jugendarbeit, Flucht/(Post-)Migration und/oder Rassismuskritik bzw. in der politischen Bildung tätig sind.

Nach den bereits vergangenen Terminen der ersten Jahreshälfte nehmen wir zum Jahresende Aspekte aus den Themenfeldern Vision, Transformation, Accountability und kollektives

Handeln im Rahmen rassismuskritischer Strukturen und Organisierung in den Blick. Hierbei können Impulse und Perspektiven im Austausch entwickelt und reflektiert werden.

Die beiden letzten Austauschräume 2026 finden im vierten Quartal statt. Bei Interesse oder Rückfragen meldet euch gerne unter projekt.kollektiv@ida-nrw.de. Die detaillierte Beschreibung und Ankündigung der Termine erfolgt zeitnah über die Kanäle des projekt.kollektiv bzw. des IDA-NRW sowie über die sozialen Medien (@projekt.kollektiv).

■ Opferberatung Rheinland: Enthemmte Gewalt, steigende Fallzahlen – Betroffenenberatungsstellen fordern Konsequenzen

Die unabhängigen Betroffenenberatungsstellen OBR (Opferberatung Rheinland) und Back-Up haben ihre Jahresstatistik zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2025 veröffentlicht. Mit 623 dokumentierten rechten Angriffen und 724 unmittelbar betroffenen Personen wurde der historische Höchststand des Vorjahres erneut überschritten. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt verfestigt sich damit bereits seit mehreren Jahren auf einem alarmierend hohen Niveau. Die Gewalt richtet sich gegen Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie gegen Engagierte für Demokratie und Menschenrechte, mit dem Ziel, sie einzuschüchtern und aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

„Dass wir bereits zum zweiten Mal in Folge einen historischen Höchststand seit Erfassungstart durch die Beratungsstellen dokumentieren, darf niemand als neue Normalität hinnehmen“, so Anouk A., Projektleitung Back-Up NRW.

Besonders auffällig ist der Anstieg der Angriffe auf politische Gegner:innen: Mit 181 dokumentierten Fällen hat sich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Rassistische Gewalt bleibt mit 313 Angriffen die häufigste

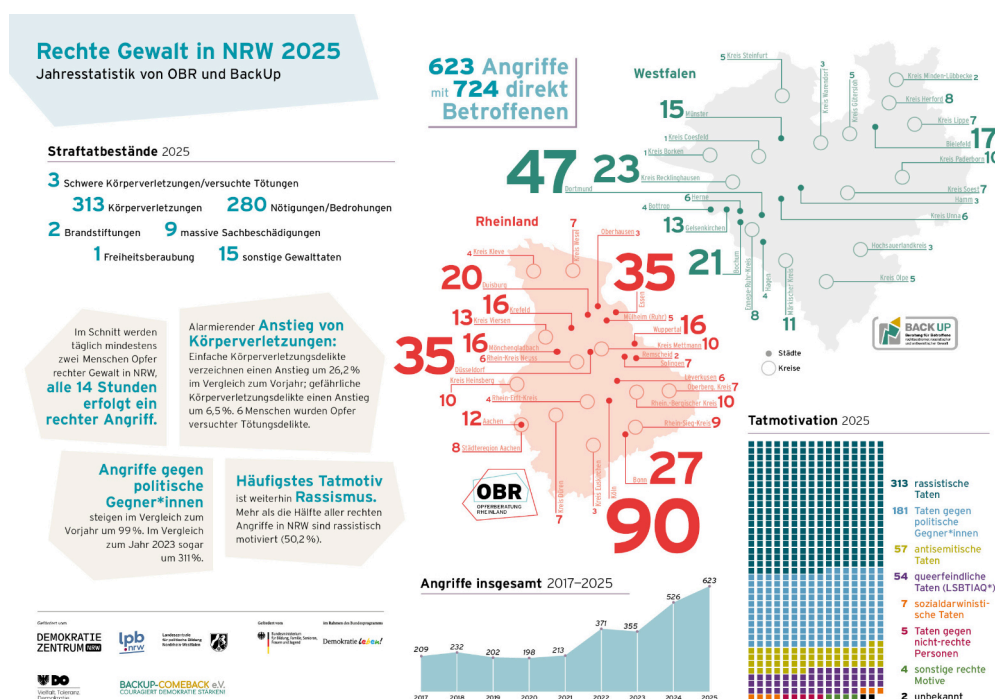
Tatmotivation, hinzu kommen 57 antisemitische und 54 queerfeindliche Gewalttaten. Die Beratungsstellen gehen zudem von einem erheblichen Dunkelfeld aus, da viele Betroffene aus Angst vor weiteren Diskriminierungserfahrungen keine Anzeige erstatten.

OBR und BackUp fordern einen wirksamen Schutz von Betroffenen und besonders gefährdeten Gruppen, eine dauerhaft gesicherte Finanzierung unabhängiger Betroffenenberatungsstellen, die konsequente Anerkennung rechter, rassistischer und antisemitischer Tatmotive durch Polizei und Justiz sowie eine klare politische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Normalisierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. „Wer Betroffene schützen will, muss deshalb nicht nur die Taten verfolgen, sondern auch den Bedin-

gungen entgetreten, die diese Gewalt begünstigen“, so Fabian Reeker, Projektleitung Opferberatung Rheinland.

Gefördert werden die Beratungsstellen über das Demokratiezentrum NRW, das seit 2026 unter dem Dach der Landeszentrale für politische Bildung beim Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen angesiedelt ist. Ziel sei es, angesichts des anhaltend hohen Niveaus rechter Gewalt die Beratungs- und Präventionsstrukturen dauerhaft zu stärken, so Rana Aydin-Kandler, Leiterin des Demokratiezentrum NRW.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.opferberatung-rheinland.de/fileadmin/user_upload/pdf/Jahresbilanz2025_Langversion_OBR_BackUp.pdf.



Neues aus den Mitgliedsverbänden:

■ Gelbe Hand: Die neue Folge von „Gelbe Hand - der Podcast“ ist veröffentlicht

Die Gelbe Hand hat eine neue Folge von „Gelbe Hand. Der Podcast“ veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht das Thema Anti-Schwarzer Rassismus: Die Folge beleuchtet historische Hintergründe, aktuelle Erscheinungsformen und die Auswirkungen auf den Alltag Betroffener. Außerdem geht es darum, warum Aufklärung, Solidarität und konsequentes Handeln gegen Rassismus unverzichtbar sind.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.gelbehand.de/informiere-dich/aktiven-netzwerk-fuer-vielfalt-und-zusammenhalt/podcast-perspektiven-aus-der-arbeitswelt sowie auf Spotify unter open.spotify.com/episode/ODKtgOln2rkrR2ZxmuCGq6.

■ BDAJ: Meldestelle für Türkischen Rechtsextremismus braucht Spenden

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) hat über seine Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus (FaTRex) eine neue Meldestelle für Vorfälle eingerichtet, bei denen ein Zusammenhang mit türkischem Rechtsextremismus, extremem Nationalismus oder entsprechenden rassistischen, antisemitischen, antikurdischen, antiarmenischen, antialevitischen, antigriechischen, antiziganistischen, queerfeindlichen oder anderen ausgrenzenden Ideologien und Strukturen vermutet wird. Bisher bleiben viele Vorfälle unsichtbar oder werden nicht als solche erkannt. Mit der Meldestelle möchte FaTRex dazu beitragen, Entwicklungen besser zu dokumentieren, einzuordnen und sichtbar zu machen. Meldungen können auf Deutsch und Türkisch anonym erfolgen.

Ende 2026 läuft die Förderung der Fachstelle durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ aus. Der BDAJ ist deshalb verstärkt auf Spenden angewiesen. Seit Beginn 2025 wurden Strukturen aufgebaut und Ziele für die weitere Ar-

beit definiert. Die neue Meldestelle ist dabei ein Meilenstein.

Wer die Arbeit von FaTRex unterstützen möchte, kann direkt an den BDAJ spenden:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

IBAN: DE84 4405 0199 0911 0122 35

BIC: DORTDE33XXX

Sparkasse Dortmund

Weiterführende Informationen finden sich unter www.fatrex.de/spenden-und-foerdern.

■ dsj: Neue Podcast-Folge zu den Grauen Wölfen im Sport

Die Ülkücü-Bewegung, besser bekannt als Graue Wölfe, ist eine der größten rechtsextremen Gruppierungen in Deutschland. Dennoch lief und läuft sie bei vielen Menschen unter dem Radar. Seit der Fußball-EM der Herren 2024 in Deutschland und den Kontroversen um den sogenannten „Wolfsgruß“ mehrt sich auch im organisierten Sport das Interesse an den Hintergründen. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft entdeckt nun ein Thema, das migrantisierte Menschen oft auch aus persönlicher Betroffenheit umtreibt.

In der neuen Folge von „Tauziehen. Der Podcast zu Politik und Sport“ sprechen Nina und Nico mit Prof. Dr. Kemal Bozay über Grundlegendes, Historie und Organisationsform der Grauen Wölfe. Er erläutert zudem die Verbindungen zum organisierten Sport in Deutschland und gibt Einblicke in die Ergebnisse einer Studie.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tauziehen-podcast-politik-und-sport.podigee.io/39-sport-und-graue-woelfe.

■ THW-Jugend: Demokratie leben heißt Vielfalt fördern

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Rahmenvereinbarung mit dem Jugendnetzwerk Lambda e.V. (lambda) zum Jahresende 2026

gekündigt, ohne vorherige Rücksprache. Damit steht die Finanzierung eines Jugendverbandes infrage, der jungen queeren Menschen bundesweit eine Anlaufstelle bietet. Die THW-Jugend hat gemeinsam mit vielen anderen Organisationen einen offenen Brief an Bundesministerin Karin Prien unterzeichnet und fordert darin, die Kündigung zurückzunehmen.

Der Jugendverband engagiert sich hierfür, weil er selbst auf einfachen Prinzipien beruht: Es zählt nicht, wen jemand liebt, woher jemand kommt oder wie jemand aussieht, sondern ob man sich aufeinander verlassen kann. Diese Haltung gibt die THW-Jugend an junge Menschen weiter, die sie ins Erwachsenenleben übertragen.

Zugleich ist der THW-Jugend bewusst, dass diese Kultur nicht überall herrscht. Junge queere Menschen erfahren nach wie vor Ablehnung, Ausgrenzung und Hass. Auch wenn es schwer einzugestehen ist: In den eigenen Reihen lässt sich das nicht vollständig ausschließen. Deshalb braucht es Strukturen wie Lambda, die auch für Mitglieder der THW-Jugend wichtig sind: Orte, an denen junge Menschen Beratung finden, Gemeinschaft erleben und für sich selbst sprechen. Solche Angebote schützen vor Vereinsamung, ermöglichen Selbstorganisation und sind ein Grund, warum gesellschaftlicher Wandel überhaupt stattfindet.

Diese Strukturen entstehen nicht von selbst. Sie brauchen Verlässlichkeit, und die entsteht durch Planungssicherheit. Vielfalt ist keine Zumutung, die man toleriert, sondern eine Stärke, die man organisiert. Wer Demokratie erhalten will, muss die Strukturen finanzieren, die junge Menschen stark machen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.lambda-online.de/wp-content/uploads/2026/07/Offener-Brief-vom-Jugendnetzwerk-Lambda-an-Karin-Prien.pdf.

■ NAJU: „Gemeinsam gegen den Druck von rechts außen“: Vernetzungstreffen vom 9. bis 11. Oktober 2026

Die demokratische Zivilgesellschaft steht unter einem zunehmenden Druck von rechts: Drohungen, Spaltungsversuche und pauschale Verdächtigungen nehmen zu. Wie viele andere Vereine, Initiativen und Akteur:innen lassen sich auch die Jugendverbände davon nicht einschüchtern und machen sich gerade jetzt für die Demokratie stark, um jungen Menschen Alternativen zu ausgrenzenden und autoritären Gesellschaftsbildern aufzuzeigen.

Beim projektabschließenden Vernetzungstreffen des Projekts „Jugendverbände für Demokratie im Umweltschutz“ (juDU) vom 9. bis 11. Oktober 2026 in Weimar sollen vor diesem Hintergrund verschiedene Fragen diskutiert werden: Wie stark ist der Druck auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene bereits, und worauf sollten sich die Verbände einstellen? Was hilft gegen politische Angriffe, und wie können sich Jugendverbände gegenseitig unterstützen? Wie lässt sich das Bewusstsein für dieses Thema stärker in die Verbände tragen, und was wird dafür benötigt? Welche positiven Gegenerzählungen lassen sich jungen Menschen bieten, und wie können sichere Räume der Begegnung geschaffen werden?

Gemeinsam sollen Erfahrungen ausgetauscht, diskutiert und Ideen für die Verbände entwickelt werden. Die Veranstaltung richtet sich im besonderen Maße, aber nicht ausschließlich, an die Vorstände und Mitarbeitenden der Geschäftsstellen der verschiedenen Ebenen von BUNDjugend, Naturfreundejugend und NAJU. Darüber hinaus sind auch Mitarbeitende und Vorstände aus anderen Vereinen willkommen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.naju.de/judu.

■ aej: Forschungsergebnisse zur Jugendverbandsarbeit nach Corona werden vorgestellt

Welche Folgen haben die Corona-Jahre für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in Jugendverbänden? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die zukünftige Ausgestaltung der Jugendverbandsarbeit?

Diesen Fragen widmete sich das gemeinsame Praxisforschungsprojekt des Deutschen Bundesjugendrings und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, das von 2023 bis 2025 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse liegen inzwischen gemeinsam mit Handlungsempfehlungen in der Open-Access-Publikation „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ von Gunda Voigts, Sureija Gotzmann und Maja Reifegerst vor und stehen bereits jetzt kostenfrei zur Verfügung.

Die aej lädt dazu ein, die zentralen Erkenntnisse des Forschungsprojekts kennenzulernen. In einer digitalen Veranstaltung am 29. September 2026 werden die Ergebnisse vorgestellt und ihre Bedeutung für die Praxis der Jugendverbandsarbeit diskutiert.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tinyurl.com/72wy9n89.

■ dsj: Fachforum „Sport mit Courage“: Für einen Jugendsport mit klarer Haltung

Die Deutsche Sportjugend (dsj) veranstaltet am 10. September 2026 in Frankfurt am Main das Fachforum „Sport mit Courage. Fach- und Vernetzungstagung für einen (Jugend)Sport mit klarer Haltung“.

Zielgruppe des Fachforums sind Interessierte aus den Mitgliedsorganisationen, Gremien und Netzwerken der dsj sowie Interessierte aus der Fachöffentlichkeit und Expert:innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Mit der Veranstaltung soll für Präventionsansätze und konkrete Handlungsmöglichkeiten im Sportumfeld sensibilisiert und Interessierte

bei der Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Herausforderungen begleitet werden.

Zum Auftakt geben Robert Claus, Publizist und Experte für extreme Rechte und Kampfsport, und Saba-Nur Cheema, Politologin und Publizistin, in zwei Keynotes Impulse. Claus widmet sich dem Thema „Rechtsextremismus im Sport. Wissensstände, Leerstellen, Gefahrenlagen“. Cheema spricht unter dem Titel „Zwischen Empörung und Dialog: Wie wir wieder streiten lernen“ über den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und die Bedeutung von Dialog und Auseinandersetzung.

Die anschließende Workshopphase bietet Raum, die Themen zu vertiefen und auf die Praxis im Sport zu übertragen. Dabei geht es unter anderem um Rechtsextremismus und Ultranationalismus im Sportumfeld (inkl. der Vorstellung aktueller Forschungsergebnisse hierzu), den Umgang mit antidemokratischen Handlungen und Haltungen, Extremismus im Kampfsport, Social Media sowie das Verhältnis von Sport, Männlichkeit und Demokratie. Auch das Thema Jugend zwischen Religion und Extremismus wird aufgegriffen. Damit verbindet das Fachforum unterschiedliche Perspektiven auf aktuelle Herausforderungen und mögliche Ansätze für Prävention und Intervention.

Mit dem Fachforum knüpft die dsj an ihr langjähriges Engagement im Handlungsfeld „Sport mit Courage“ an. Sie setzt sich für die Stärkung der Demokratie im Sport ein, nimmt antidemokratische Herausforderungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Blick und bringt diese Themen in ihre Netzwerke und Strukturen ein.

Das Fachforum soll dazu beitragen, Engagierte im Sport in ihrer Haltung und Handlungssicherheit zu stärken, den fachlichen Austausch zu fördern und gemeinsam konkrete Ansätze für einen (Jugend)Sport zu entwickeln, der für Demokratie, Vielfalt und ein respektvolles Miteinander einsteht.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tinyurl.com/yxwcxmmf.

■ BDAJ: Aufruf zur Teilnahme an Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen von Alevit:innen

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) lädt zur Teilnahme an der Umfrage „Antialevitischer Rassismus und Mehrfachbetroffenheit: Diskriminierungserfahrungen und ihre Zusammenhänge“ ein. Der BDAJ hat die Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen von Alevit:innen in Beratung mit dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) entwickelt und veröffentlicht. Ziel ist es, mehr über die Zusammenhänge von Diskriminierungserfahrungen von Alevit:innen herauszufinden. Im Anschluss an die Umfrage werden die Ergebnisse in Form einer Broschüre veröffentlicht. Die Umfrage erfolgt anonym.

Teilnehmen können alevitische Personen ab 16 Jahren, die Umfrage richtet sich an alle Altersgruppen darüber hinaus. Eine Teilnahme ist auf Deutsch und Türkisch möglich.

Die Umfrage findet sich unter www.bdaj-deutschland.limesurvey.net/197247?lang=-de&newtest=Y.

■ djo: Jugend > Migration > Zukunft IV

Das jugendpolitische Forum der djo „Jugend > Migration > Zukunft“ startet 2026 in die vierte Runde!

Viele Menschen erleben die Gegenwart als krisenhaft und widersprüchlich. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach Gemeinschaft, Freude und Zusammenhalt – gerade in Zeiten, in denen gesellschaftliche Zugehörigkeit und Teilhabe immer wieder umstritten sind. Was bedeutet es, zu feiern, wenn gesellschaftliche Konflikte zunehmen, demokratische Errungenschaften unter Druck geraten und Fragen zu Migration zur Spaltung genutzt werden? Fühlt es sich falsch an, oder ist es gerade jetzt notwendig? Wann ist Feiern Widerstand, und wo verlaufen Grenzen zwischen Event und Empowerment?

Das Forum „Jugend > Migration > Zukunft“ lädt dazu ein, Feiern als politische Praxis zu verstehen. In (post)migrantischen und jugendkulturellen Kontexten schafft es Sichtbarkeit, stärkt Solidarität und eröffnet Zukunftsperspektiven. Mit Austauschformaten und kreativen Beiträgen entsteht ein Raum für unterschiedliche Perspektiven auf Widerstand, Solidarität, Migration und Zukunft. Eingeladen sind junge Menschen sowie Verbündete aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Ab 17.30 Uhr nehmen wir die Impulse aus dem Tag mit in den Abend, denn dieses Jahr begeht die djo – Deutsche Jugend in Europa ihr 75. Jubiläum: Unser Grund zu feiern im Jahr 2026.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Reise- und Übernachtungskosten können nicht übernommen werden. Falls deine Teilnahme davon abhängt, melde dich gerne bei uns – wir finden gemeinsam eine Lösung.

Die Veranstaltung findet in deutscher Lautsprache statt. Auf Wunsch stellen wir Dolmetscher:innen für Deutsche Gebärdensprache (DGS) zur Verfügung. Bitte informiert uns bei der Anmeldung, falls ihr dies benötigt.

Veranstaltungszeiten:

Jugend > Migration > Zukunft:

13:30–17:30 Uhr

Jubiläum: 17:30–21:00 Uhr

Veranstaltungsort:

bUm – Raum für solidarisches Miteinander
Paul-Lincke-Ufer 21
10999 Berlin

Der Veranstaltungsort ist barrierearm; bei konkreten Fragen zu den räumlichen Gegebenheiten melde dich gerne bei uns.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.djo.de/events/jugend-migration-zukunft-iv/.

Publikationen, Materialien, Ressourcen, Veröffentlichung

■ Geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Unterbringung: Grundlagen und Praxispulse für Fachkräfte und Ehrenamtliche

Die Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“, hat mit der Broschüre von Henrike Krüsmann ein neues Praxismaterial zum Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Unterkünften veröffentlicht. Die Broschüre sensibilisiert Fachkräfte und Ehrenamtliche für die besonderen Bedarfe begleiteter Kinder und Jugendlicher und vermittelt praxisnahes Wissen zu ihrem Schutz.

Rund jeder dritte im Jahr 2024 in Deutschland gestellte Asylantrag (84.350) entfiel auf ein Kind oder einen Jugendlichen, besonders stark vertreten war mit 32.208 Anträgen die Gruppe der unter Vierjährigen. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche leben lange Zeit in Sammelunterkünften, deren Bedingungen häufig nicht kindgerecht sind. Grundbedürfnisse und Kinderrechte wie Schutz, Spiel, gesunde Ernährung, Bildung und Privatsphäre werden dort oft nur unzureichend erfüllt.

Die Broschüre knüpft an die „Mindeststandards zum Schutz geflüchteter Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ der Bundesinitiative Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften an, die gemeinsam mit dem Deutschen Komitee für UNICEF entwickelt wurden. Diese enthalten auch Annexe zu den spezifischen Bedarfen besonders schutzbedürftiger Gruppen, etwa LSBTIQ*-Geflüchteter, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Traumafolgestörungen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.ufuq.de/online-bibliothek/gefluechtete-kinder-und-jugendliche-in-der-unterbringung.

■ CLAIM: Bundesweites Lagebild antimuslimischer Rassismus 2025 veröffentlicht

CLAIM hat mit dem bundesweiten zivilgesellschaftlichen Lagebild antimuslimischer Rassismus 2025 erstmals eine bundesweite Auswertung dokumentierter antimuslimi-

scher Vorfälle aus dem Berichtsjahr 2025 vorgelegt. Insgesamt wurden 4.069 antimuslimische Vorfälle erfasst, rechnerisch mehr als elf Vorfälle pro Tag.

Antimuslimischer Rassismus zeigt sich dabei nicht nur in Form schwerer Gewalttaten. Für viele Menschen gehört er zum Alltag: Sie werden beleidigt, diskriminiert, bedroht oder ausgegrenzt, etwa auf der Straße, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, im Kontakt mit Behörden oder online. Betroffen sind Menschen, weil sie muslimisch sind oder weil andere sie dafür halten. Zugleich ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen, da viele Betroffene Vorfälle nicht melden oder die Erfahrung machen, dass ihre Erlebnisse relativiert werden.

Grundlage des Lagebilds sind Meldungen zahlreicher Beratungs- und Meldestellen, communitybasierter Initiativen und Fallmeldungen von Betroffenen sowie ein bundesweites zivilgesellschaftliches Monitoring. Neben der Dokumentation und Einordnung von Vorfällen enthält die Publikation konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die Veröffentlichung erfolgt im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus vom 17. Juni bis 1. Juli 2026, die CLAIM seit 2018 koordiniert. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen setzen dabei rund um den 1. Juli, den Tag gegen antimuslimischen Rassismus, ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie gegen Hass und Ausgrenzung.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tinyurl.com/4uekntuc.

■ Meldestelle Antifeminismus: 640 Vorfälle im Jahr 2025 dokumentiert

Die Meldestelle Antifeminismus hat im „Zivilgesellschaftlichen Lagebild Antifeminismus 2025“ insgesamt 640 antifeministische Vorfälle dokumentiert. Das Dunkelfeld dürfte deutlich größer sein, da nicht alle Fälle erfasst

oder gemeldet werden. Die Zahlen zeigen eine deutliche Verschärfung antifeministischer Angriffsdynamiken: Vorfälle mit misogynen Motiven stiegen um 60 Prozent auf 166 Fälle, im Themenfeld geschlechtsspezifische Gewalt um 35 Prozent auf 113 Fälle.

Knapp ein Drittel aller gemeldeten Fälle (209) entfiel auf den digitalen Raum. Dokumentiert wurden unter anderem Morddrohungen gegen kommunale Gleichstellungsbeauftragte, die Veröffentlichung privater Adressen und Fotos von Betroffenen sowie KI-generierte Darstellungen von Femiziden und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Per Klick lassen sich mittlerweile Deepfake-Vergewaltigungsbilder erstellen und massenhaft im Netz verbreiten.

Auch organisiertes Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Strukturen nahm zu: Angriffe auf Organisationen (169 Meldungen) und engagierte Einzelpersonen (170) erreichten neue Höchststände. Besonders betroffen sind Frauenorganisationen und Fachverbände im Feld geschlechtsspezifischer Gewalt, etwa durch Bedrohungen, sexualisierte Übergriffe, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen oder die Veröffentlichung geschützter Adressen von Frauenhäusern. Deutlich zugenommen haben zudem koordinierte Angriffe auf die Gleichstellungsarbeit, insbesondere auf kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

Angesichts dieser Entwicklung fordert die Meldestelle Antifeminismus eine Gesamtstrategie im Umgang mit Antifeminismus in Politik und Zivilgesellschaft.

Weiterführende Informationen und das Lagebild finden sich unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/antifeministische-vorfaelle-2025-noch-aggressiver-und-gewaltvoller-168277.

■ Kindheit im AsylbLG. Umfrage unter 450 Beratungsfachkräften erschienen

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist regelmäßig Teil der politischen Debatte, meist geht es dabei um Kürzungen und Ab-

schreckung, kaum jedoch um die Situation der Leistungsbeziehenden selbst und besonders selten um die Lebenssituation von Kindern im AsylbLG-Bezug. Anhand einer Umfrage unter knapp 450 Beratungsfachkräften haben der Paritätische Gesamtverband und Save the Children versucht, diese Lücke zu schließen. Die zahlreichen und detaillierten Rückmeldungen, unter anderem zu den Bereichen Teilhabe, Wohnen, Gesundheit, Bezahlkarten und Leistungskürzungen, geben einen umfassenden Eindruck davon, wie sich das AsylbLG auf Kinder auswirkt.

Die Umfrage zeigt, wie die rund 100.000 Kinder im Grundleistungsbezug des AsylbLG strukturell in ihrer Teilhabe eingeschränkt werden. In diesem Sondersystem erhalten sie Leistungen deutlich unterhalb des Existenzminimums, wobei vulnerable Gruppen wie Neugeborene, Kinder mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sowie psychisch belastete Kinder besonders benachteiligt werden.

Neben statistischen Daten wurden für die Publikation auch zahlreiche Schilderungen der Lebensrealität der Leistungsbeziehenden ausgewertet, darunter Berichte über fehlende Leistungen und Gesundheitsversorgung für Neugeborene, Leistungskürzungen und -ausschlüsse für Familien sowie fehlende Möglichkeiten einer gesunden Ernährung für schwangere Personen. Auf dieser Grundlage formuliert die Publikation zudem Handlungsempfehlungen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tinyurl.com/bdhns8ww.

■ Jugendverbandsarbeit unter Druck. Ausblick auf die Bedrohungsstudie

Jugendverbände und -ringe treten für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein. Dies äußert sich auch im satzungsmäßigen Auftrag des Bundesjugendrings, militaristischen, nationalistischen, diskriminierenden und totalitären Tendenzen entgegenzuwirken. Als „Werk-

stätten der Demokratie" bilden Jugendverbände vor Ort Freiräume für junge Menschen und setzen sich für deren Interessen ein. Gerade deshalb werden sie insbesondere von der extremen Rechten als Feinde erkannt, bedroht und bekämpft.

Berichte aus Jugendverbänden und -ringen zeigen, dass die gegenwärtig größte Bedrohung von der extremen Rechten ausgeht, auch der seit 2020 kontinuierlich vom Verfassungsschutz verzeichnete Anstieg des rechts-extremistischen Personenpotenzials weist auf diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin. Der Bundesjugendring hat das Phänomen der rechtsextrem motivierten Angriffe auf Jugendverbände und -ringe daher mit einer bundesweiten Erhebung empirisch näher beleuchtet. Bekannte Strategien der extremen Rechten sind dabei unter anderem die Verbreitung eines vermeintlich pauschal geltenden politischen Neutralitätsgebots für nicht-staatliche Organisationen, diffamierende Anfragen in Parlamenten und Jugendhilfeausschüssen sowie Falschbehauptungen zum Recht jugendpolitischer Interessenvertretung nach § 12 SGB VIII.

„Unsere Angebote und Einrichtungen sind die letzten Orte, an denen noch progressive Gedanken geäußert werden können. Schmiere-reien, Hakenkreuze und Sticker gehören mittlerweile zum Alltag, auch auf unseren Veranstaltungen“, berichten Kolleg:innen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen der Bedrohungsstudie. 26 Prozent der teilnehmenden Organisationen haben in den letzten zwölf Monaten mindestens einen Vorfall erlebt, den sie als rechtsextremen Angriff einstufen, knapp die Hälfte davon (48,9 Prozent) ein bis drei Vorfälle, 25,6 Prozent mehr als drei.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.dbjr.de/artikel/bedrohungs-studie-vorlaeufige-ergebnisse und www.dbjr.de/artikel/veroeffentlichung-des-sonderheftes-haltung-statt-neutralitaet-zum-umgang-mit-rechtsextremen-anfeindungen-der-jugend-verbandsarbeit.

■ Kritik an neuen „Demokratie leben!“-Leitlinien: Zivilgesellschaft droht Schwächung

Die Amadeu Antonio Stiftung begrüßt, dass das Bundesfamilienministerium in den neuen Förderaufrufen des Programms „Demokratie leben!“ zentrale Kritik aus der Zivilgesellschaft aufgegriffen hat. Dem waren jedoch Monate massiver Einwände vorausgegangen, die Expertise langjähriger zivilgesellschaftlicher Träger wurde aus Sicht der Stiftung zunächst nicht ausreichend berücksichtigt.

Trotz einzelner Verbesserungen sieht die Stiftung grundlegende Probleme weiterhin unge-löst. Besonders der Fokus auf staatliche Regelstrukturen drohe die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen mit jahrelanger Expertise zu schwächen. Timo Reinfrank, geschäftsführender Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung, warnt: Rechtsextreme seien immer dort schwach, wo es eine starke organisierte Zivilgesellschaft gebe. Wer diese Strukturen schwäche, stärke am Ende die Fal-schen.

Der jüngst erschienene Verfassungsschutz-bericht unterstreicht aus Sicht der Stiftung den wachsenden Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf die Radikalisierung junger Menschen. Spezialisierte zivilgesellschaftliche Träger mit Erfahrung, Vertrauen und bundesweiter Reichweite würden durch die neuen Förderleitlinien jedoch massiv geschwächt, da ihnen maximal ein Antrag bewilligt wird.

Mit Blick auf die kommenden Haushaltsentscheidungen fordert die Stiftung eine verlässliche und langfristige Finanzierung zivilgesellschaftlichen Engagements. Demokratiearbeit sei keine freiwillige Zusatzleistung, wer von der Zivilgesellschaft den Schutz der Verfassung erwarte, müsse sie auch entsprechend ausstatten.

Positiv hebt die Stiftung hervor, dass der digitale Raum erstmals als eigenständige Handlungsdimension berücksichtigt wird.

Radikalisierung finde längst auf TikTok, in Gaming-Chats und Messenger-Gruppen statt,

■ **Jugendmigrationsdienste: Artikel zur Bedeutung diskriminierungs- und rassismuskritischer Beratung**

Özlem Tokyay widmet sich in einem Artikel der Bedeutung einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Beratungspraxis. Der Beitrag betont, dass diskriminierungs- und rassismuskritische Beratung im Jugendmigrationsdienst weit über fachliche Kompetenz hinausgeht und eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Haltung sowie diskriminierender Strukturen erfordert. Der Praxisreader unterstützt Fachkräfte mit konkreten Handlungsempfehlungen, Praxisbeispielen und Materialien dabei, eine wertschätzende, diskriminierungssensible Beratung zu gestalten.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.tinyurl.com/39xvyb2b.

■ **Handreichung des KJR Sachsen: „Pädagogischer Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugend(verbands)arbeit“**

Wie geht man damit um, wenn rechtsextreme Aussagen, Symbole oder Einstellungen in der Jugend(verbands)arbeit auftauchen? Welche Handlungsmöglichkeiten haben Fachkräfte und Ehrenamtliche dabei, und wie lassen sich demokratische Haltungen stärken? Die Handreichung des Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. vermittelt Hintergrundwissen zu Rechtsextremismus, gibt Orientierung für den pädagogischen Alltag und zeigt konkrete Ansätze für Prävention, Intervention und Gesprächsführung auf. Die Broschüre richtet sich an alle, die junge Menschen begleiten und demokratische Räume schützen und stärken möchten.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.kjrs.de/fileadmin/user_upload/kjrs/downloads/dokumente_arbeitshilfen/faltblatt_paedag_umgang_rechtsextremismus.pdf.

■ **Bundesverband RIAS e.V.: Antisemitische Vorfälle in Deutschland**

Der neue Jahresbericht des Bundesverbands RIAS zeichnet ein alarmierendes Bild: 2025 wurden bundesweit 8.725 antisemitische Vorfälle dokumentiert, durchschnittlich 24 pro Tag. Besonders besorgniserregend ist der Höchststand antisemitischer Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund. Die Zahlen unterstreichen die Dringlichkeit, Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.report-antisemitism.de/documents/17-06-26_RIAS_Bund_Jahresbericht_2025.pdf.

■ **„Das stimmt! ... So nicht.“ Handbuch und Argumentationshilfe**

Ob am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder online: Viele Menschen erleben Situationen, in denen sie Vorurteilen oder Desinformation begegnen und sprachlos bleiben. Die „Argumentationshilfe gegen Vorurteile und Fake News“ bietet verständliche Fakten und konkrete Gegenargumente, um in solchen Momenten informiert und souverän reagieren zu können.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.mein-grundeinkommen.de/das-stimmt-so-nicht?utm_campaign=dssn&utm_source=so-gehts-weiter.

■ **Broschüre „Achtungszeichen! Codes & Styles der extremen Rechten“**

Die extreme Rechte nutzt zahlreiche Symbole, Codes und Ausdrucksformen, um ihre menschenverachtende Ideologie auf Kleidung, Tattoos oder online zu verbreiten. Eine neue Broschüre des Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen stellt die gängigen Codes und Styles vor und zeigt Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit ihnen auf.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.netzwerk-courage.de/angebot/achtungszeichen.

■ #NichtNeutral: Kampagne zu 50 Jahren Beutelsbacher Konsens gestartet

Unter dem Motto #NichtNeutral ist die gemeinsame Social-Media-Kampagne der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie aller 16 Landeszentralen für politische Bildung zum 50. Jubiläum des Beutelsbacher Konsenses gestartet. Die Kampagne macht deutlich: Politische Bildung ist nicht neutral, sie steht für Demokratie, Menschenrechte und politische Teilhabe. Damit widerspricht sie Missdeutungen, etwa einem fälschlicherweise aus dem Beutelsbacher Konsens abgeleiteten Neutralitätsgebot.

Politische Bildung ist den Werten des Grundgesetzes verpflichtet und folgt gemäß des Beutelsbacher Konsenses drei Leitprinzipien: Sie soll den konstruktiven Umgang mit Kontroversen fördern, Lernende nicht überwältigen und Menschen befähigen, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden. Der Konsens legitimiert jedoch keine Gleichgültigkeit gegenüber Angriffen auf demokratische Grundwerte, staatliche politische Bildung bleibt dabei strikt überparteilich.

In kurzen Videobeiträgen erläutern Persönlichkeiten aus politischer Bildung, Verfassungsrecht, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft, warum Haltung für die Werte des Grundgesetzes nicht im Widerspruch zum Beutelsbacher Konsens steht. Die Kampagne richtet sich an alle, die politische Bildung in die Praxis tragen, etwa Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte sowie Mitarbeitende in Jugendarbeit, Ausbildung und Sozialer Arbeit, und will ihnen Klarheit über Bedeutung, Grenzen und Anforderungen des Konsenses vermitteln.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.bpb.de/beutelsbacher-konsens.

■ Deutscher Frauenrat: Toolkit gegen Antifeminismus

Der Fachausschuss „Demokratie verteidigen. Antifeminismus konsequent entgegentreten. Demokratische Wahlentscheidungen unter-

stützen.“ des Deutschen Frauenrats hat zum Ende seiner Laufzeit ein Toolkit gegen Antifeminismus erarbeitet. Es unterstützt Frauenverbände und Gleichstellungsakteur:innen dabei, Antifeminismus zu erkennen, einzuordnen und wirksam zu bearbeiten, und bündelt Soforthilfen, Rechts- und Satzungsfragen, Argumentationshilfen, Bildungsarbeit, Anlaufstellen, Forschung und vertiefende Materialien.

Das Toolkit findet sich unter www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2025/07/Handreichung-Antifeminismus_Web.pdf.

■ Wie umgehen mit dem Neutralitätsgebot? Bundesverband Mobile Beratung veröffentlicht Handreichung

Eine neue Broschüre des Bundesverbands Mobile Beratung zeigt, was das Neutralitätsgebot genau bedeutet und was Mitarbeitende in Kommunen und Verwaltung dürfen und müssen, wenn es um den Schutz demokratischer Werte geht.

Immer wieder nutzt die extreme Rechte das Neutralitätsgebot, um demokratische Akteur:innen zu verunsichern, etwa mit der Behauptung, wer sich als Beschäftigter der öffentlichen Verwaltung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus positioniere, verstoße gegen die Neutralitätspflicht. Dass das so pauschal nicht stimmt, erklärt der Bundesverband Mobile Beratung in seiner neuen Handreichung „Demokratisch & Handlungssicher“ und gibt Verantwortlichen praktische Tipps an die Hand.

Auf 30 Seiten zeigt die Broschüre, was das Neutralitätsgebot bedeutet, was Verwaltungsmitarbeitende und Bürgermeister:innen dürfen und wann Zurückhaltung geboten ist. Anhand von sieben Fallbeispielen wird deutlich, dass die Handlungsspielräume größer sind als oft angenommen: So darf ein/e Bürgermeister:in zur Teilnahme am örtlichen „Christopher Street Day“ aufrufen, eine pädagogische Fachkraft eines Horts darf rassistische Kommentare problematisieren und ist

sogar dazu verpflichtet, diskriminierende Aussagen nicht unwidersprochen zu lassen.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des BMB, betont, die Handreichung sei eine Ermutigung für alle, die in Verwaltung und Kommunen mit dem Vorwurf fehlender Neutralität konfrontiert sind. Sie kläre auf, ordne ein und lege dar, wie Verantwortliche rechtssicher Haltung zeigen können. Neutralität bedeute nicht Wertefreiheit, sondern schließe das Eintreten für demokratische Werte ausdrücklich ein.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/umgang-mit-dem-neutralitaetsgebot-in-kommunen-und-verwaltung.

Förderungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen

■ RWE Foundation: Förderung für Jugendprojekte

Der Schwerpunkt der Förderung der RWE Foundation liegt auf der Kinder- und Jugendhilfe. Europaweit werden Projekte ab 20.000 Euro für Kinder und Jugendliche gefördert, die Chancengerechtigkeit fördern, soziale Benachteiligung überwinden sowie internationale und interkulturelle Verständigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Die Projekte sollen langfristig angelegt sein und eine Multiplikatorwirkung erzielen.

Die Förderung startet bei mindestens 20.000 Euro für eine Projektlaufzeit von bis zu drei Jahren. Eine alleinige Vollfinanzierung durch die RWE Foundation ist in der Regel nicht vorgesehen, Eigenleistungen können auch nicht monetär erbracht werden.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.rwe-foundation.com.

■ Förderaufruf „Living and building democracy“ der European Youth Foundation des Europarats

Die European Youth Foundation (EYF) des Europarats fördert mit dem Aufruf „Living and building democracy“ lokale und nationale Jugendinitiativen und -organisationen, die sich mit aktuellen Herausforderungen für die Demokratie auseinandersetzen. Unterstützt werden Projekte, die jungen Menschen Wissen über Demokratie und Menschenrechte vermitteln, kritisches Denken stärken und sie zur aktiven Beteiligung an demokratischen Prozessen befähigen. Die Vorhaben sollen konkrete Herausforderungen aufgreifen, etwa Desinformation und Manipulation, Hürden bei der Wahlteilnahme oder begrenzte politische Beteiligungsmöglichkeiten.

Projekte müssen zwischen dem 20.11.2026 und dem 31.12.2026 beginnen und dürfen maximal sechs Monate dauern. Die EYF kann 25 Projekte mit bis zu 8.000 Euro ausstatten. Antragsberechtigt sind lokale und nationale Jugendorganisationen, die bei der EYF registriert sind, noch nicht registrierte

Organisationen müssen zunächst ein Konto auf der neuen EYF-Plattform anlegen und ihre Registrierung bis zum Ende der Antragsfrist bestätigen lassen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.coe.int/en/web/european-youth-foundation/-/announcing-the-eyf-call-for-proposals-for-ad-hoc-youth-initiatives-living-and-building-democracy-.

■ Wettbewerb „Demokratisch Handeln“

Der Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ des Fördervereins Demokratisch Handeln zeichnet Projekte aus, die sich für die demokratische Kultur und das gesellschaftliche Miteinander engagieren. Teilnehmen können junge Menschen bis 25 Jahre mit Demokratieprojekten aus dem schulischen und außerschulischen Bereich, möglich sind Beiträge in den Themenfeldern Geschichte und Erinnern, Schule und Lernen, Kommune und Lokales, Welt und Umwelt sowie Zusammenleben und Inklusion.

Eingereicht werden können Projekte in unterschiedlichsten Formaten, etwa Ausstellungen, Filme, Podcasts, journalistische Beiträge, Theaterstücke, Kunstprojekte, Kinder- und Jugendparlamente, Facharbeiten, musikalische Projekte oder Social-Media-Kampagnen, unabhängig davon, ob es sich um kurzfristige Aktionen oder langfristige Vorhaben handelt. Entscheidend ist, dass die eigene Idee und Mitwirkung der Teilnehmenden erkennbar werden, die Umsetzung kann zwar durch Erwachsene begleitet werden, die inhaltliche Gestaltung soll jedoch von den jungen Menschen selbst ausgehen. So möchte der Wettbewerb vielfältige Formen demokratischen Engagements sichtbar machen und würdigen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.demokratisch-handeln.de.

■ Förderung der Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert bundesweit zivilgesellschaftliche Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie

Antisemitismus engagieren und demokratische Werte stärken. Besonders unterstützt werden Initiativen aus ländlichen oder strukturschwachen Regionen, die konkrete Maßnahmen für ein solidarisches Miteinander entwickeln. Die maximale Fördersumme beträgt bundesweit in der Regel 2.500 Euro, im „Gegenwind-Förderfonds“ für Projekte in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist eine Förderung mit bis zu 5.000 Euro möglich.

Der Gegenwind-Förderfonds unterstützt Projekte in strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Ebenso eingeladen, sich zu bewerben, sind Initiativen in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Förderfähig sind unter anderem Reisekosten, Lebensmittel, Sachmittel wie Materialien, Raummieten, Druckkosten, Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, Honorare, anteilige Personalkosten (bis zu 50 Prozent Arbeitgeber-Brutto), anteilige Versicherungen sowie Kosten für Sicherheitsmaßnahmen, etwa zur Absicherung von Räumlichkeiten oder Veranstaltungen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/projektfoerderung.

■ RAISE Call for Contributions

Für den geplanten Sammelband „Voneinander wissen, miteinander Schule verändern. Rassismuskritische Schulentwicklung im Polylog zwischen Praxis, Communities, Wissenschaft und Bildungssteuerung“ lädt das Projekt RAISE, Rassismuskritische Schulentwicklung, Akteur:innen aus Schulpraxis, Communities, Zivilgesellschaft und Bildungsadministration ein, eigene Perspektiven, Erfahrungen und Impulse einzubringen. Gesucht werden ausdrücklich auch Beiträge jenseits klassischer wissenschaftlicher Formate.

Interessierte können bis zum 31. Oktober 2026 eine kurze Beitragsskizze einreichen.

Der Call steht in Fassungen für Wissenschaft und Praxisakteur:innen sowie in Leichter und Einfacher Sprache, jeweils auf Deutsch und Englisch, zum Download bereit.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.projekt-raise.de/de_DE/start/index.html.

■ Call for Participation: Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit

Vom 1. September bis 31. Oktober sind alle Akteur:innen aus Fachpraxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft eingeladen, Beiträge für das Programm des 5. Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit sowie für den Markt der Möglichkeiten einzureichen. Willkommen sind erprobte Praxisbeispiele, neue Ideen, wissenschaftliche Beiträge, fachpolitische Impulse ebenso wie kritische Perspektiven und offene Fragen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.bundeskongress-kja.de.

■ Shared Civic Futures: Förderung deutsch-israelischer Kooperationen

Mit dem neuen Förderprogramm „Shared Civic Futures: German-Israeli Cooperation on Remembrance, Antisemitism and Democratic Resilience“ unterstützt die Stiftung EVZ Kooperationsprojekte zwischen Organisationen aus Deutschland und Israel. Ziel ist es, demokratische Resilienz zu stärken, Antisemitismus entgegenzuwirken und neue Formen des gesellschaftlichen Dialogs und Engagements über Grenzen hinweg zu fördern.

Gefördert werden Projekte in zwei Themenfeldern: „Antisemitism in the Digital Sphere“ unterstützt innovative pädagogische, zivilgesellschaftliche oder technologische Ansätze gegen Antisemitismus, Desinformation und antidemokratische Narrative im digitalen Raum, „Visual Narratives of German and Israeli Civil Societies“ unterstützt visuelle und audiovisuelle Formate, die aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, Resilienz und Zu-

kunftsperspektiven in beiden Ländern aufgreifen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/handlungsfelder-cluster/handeln-gegen-antisemitismus-antiziganismus-und-rassismus/shared-civic-futures.

■ Themenfonds des Deutschen Kinderhilfswerks

Das Deutsche Kinderhilfswerk unterstützt bundesweit Projekte mit bis zu 8.000 Euro, die Kinder und Jugendliche stärken und aktiv beteiligen. Über vier Themenfonds können Vorhaben zu Kinderpolitik, Spielraum, Medienkompetenz und Kinderkultur gefördert werden.

Der nächste Stichtag zur Einreichung ist der 30. September 2026, für bis dahin eingereichte Anträge erfolgt die Förderentscheidung bis zum 15. November 2026.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.dkhw.de/foerderung-und-hilfe/projektfoerderung/.

■ **Fortbildungsreihe: „Antisemitismus & Rassismus – lernen, verstehen, handeln“**

Termin: September bis Oktober 2026

Ort: Hannover

Info & Anmeldung:

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.

tinyurl.com/4r5uduhb

■ **Bundeskongress: Demokratie (er-)leben in Schulen des gemeinsamen Lebens**

Termin: 24. bis 26. September 2026

Ort: Jena

Info & Anmeldung:

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

tinyurl.com/3ukpdjnw

■ **Empowerment-Workshop für Schwarze Menschen**

Termin: 26. und 27. September 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Landesjugendring NRW

tinyurl.com/4dxa9sa2

■ **Blickwinkel-Tagung: Gesprächswürdig. Räume und Grenzen des Dialogs**

Termin: 28. und 29. September 2026

Ort: Stuttgart

Info & Anmeldung:

Bildungsstätte Anne Frank

tinyurl.com/uev5zhwb

■ **Lebenswelten junger Muslime und Musliminnen in Niedersachsen**

Termin: 30. September bis 2. Oktober 2026

Ort: Rehburg-Loccum

Info & Anmeldung:

Evangelischen Akademie Loccum

tinyurl.com/nhb2wef7

■ **Fortbildungsreihe: EXTREM:KOMPAKT – Prävention im Spannungsfeld zwischen antimuslimischem Rassismus und islamistischem Extremismus**

Termin: Oktober bis November 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA – Fachstelle Gender & Diversität

tinyurl.com/3b4z773n

■ **Weiterbildung Demokratiepädagogische Methoden und partizipative Praxisformen**

Termin: Oktober 2026 bis Februar 2027

Ort: Trier

Info & Anmeldung:

Universität Trier

tinyurl.com/4nx6wh2a

■ **Schutzkonzepte intersektional gedacht – was heißt das eigentlich?!**

Termin: 1. Oktober 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

PsG.nrw

tinyurl.com/4nm2uvkf

■ **Fortbildung: Rechtsextremismus unter Jugendlichen im ländlichen Raum**

Termin: 2. Oktober 2026

Ort: Neu-Anspach

Info & Anmeldung:

basa e.V.

tinyurl.com/247bhuft

■ **PolitAkademie 2026 - Das Patriarchat geht viral**

Termin: 4. bis 9. Oktober 2026

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

DE-ZENTRALE e.V.

tinyurl.com/4pvcstrr

■ **Fachtagung: Aktuelle Entwicklungen der Erlebniswelt Rechtsextremismus: Ansätze und Methoden der Präventionspraxis**

Termin: 6. Oktober 2026

Ort: Dortmund

Info & Anmeldung:

Landesjugendring NRW

tinyurl.com/34vsv6bx

■ **Anti-Bias-Ansatz in der Praxis: „Bist du so, wie ich dich seh?“**

Termin: 8. bis 9. Oktober 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA – Fachstelle Gender & Diversität

tinyurl.com/yef5hct5

■ **Mutig, Stark, Empowert! – Empowerment-Seminar für Mädchen* of Color und Mädchen* mit Migrationsgeschichte**

Termin: 12. Oktober 2026

Ort: Neu-Anspach

Info & Anmeldung:

basa e.V.

tinyurl.com/39xfkjc

■ **Workshop: Weiß positioniert. Kritisch reflektiert. Solidarisch handelnd. White Allyship in der pädagogischen Praxis**

Termin: 13. Oktober 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA – Fachstelle Gender & Diversität

tinyurl.com/3d47uktc

■ **Barcamp: Gesellschaft unter Druck - Soziale Ungleichheit erkennen, Prävention stärken, Zusammenhalt fördern**

Termin: 15. bis 16. Oktober 2026

Ort: Köln

Info & Anmeldung:

Bundeszentrale für politische Bildung

tinyurl.com/ypt3em3d

■ **Seminar: Sicherheitskonzepte in der Bildungsarbeit**

Termin: 16. Oktober 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Bildungsstätte Anne Frank

tinyurl.com/yh6nabnd

■ **Fachtag: Menschenfeindlichen Realitäten in pädagogischer Praxis entgegentreten**

Termin: 6. November 2026

Ort: Gelsenkirchen

Info & Anmeldung:

FUMA – Fachstelle Gender & Diversität

tinyurl.com/yranw947

■ **Fachtagung: Antisemitismus und Rechtsextremismus**

Termin: 9. bis 11. November 2026

Ort: Dachau

Info & Anmeldung:

Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch

Tschechischer Jugendaustausch

tinyurl.com/bdhutcy3

■ **Antifeminismus – Sei schön...aber nicht eitel. Sei stark...aber nicht laut.**

Termin: 18. November 2026

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.

tinyurl.com/mww3bb79

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchtools/feier-und-gedenktage> oder in unserem **Wandkalender** unter <https://tinyurl.com/y4l5ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

SEPTEMBER

01	
02	
03	
04	
05	
06	
07	
08	
09	
10	
11	
12	
13	
14	
15	Internationaler Tag der Demokratie
16	
17	Ausschreitungen in Hoyerswerda
18	
19	
20	Weltkindertag
21	
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	
29	
30	

OKTOBER

01	Internationaler Tag der älteren Menschen
02	Gedenken an den Völkermord an den Herero und Nama 1904-1908
03	Tag der Deutschen Einheit
04	Tag der offenen Moschee
05	
06	
07	Gedenken an den Angriff der Hamas auf Israel 2023
08	
09	Gedenken an den Anschlag in Halle (Saale) 2019
10	
11	Internationaler Mädchentag
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	
21	
22	
23	
24	Tag der Vereinten Nationen
25	
26	
27	
28	
29	
30	
31	Reformationstag
	Halloween

Legende

- Islamische Feier- und Gedenktage
- Hinduistische Feier- und Gedenktage
- Jüdische Feier- und Gedenktage
- Christliche Feier- und Gedenktage
- Buddhistische Feier- und Gedenktage
- Feier- und Gedenktage der Sikh
- Feier- und Gedenktage der Bahá'í
- Feier- und Gedenktage von Sinti:zze und Rom:nja
- Kurdische Feier- und Gedenktage
- Alevitische Feier- und Gedenktage
- Ezidische Feier- und Gedenktage
- Assyrische Feier- und Gedenktage
- Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
- Feier- und Gedenktage der LGBTQIA*-Community
- Feier und Gedenktage für Geschlechtergerechtigkeit
- Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
- Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
- Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus und Holocaust
- Gedenktage gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Gedenktage bzgl. Kolonialismus und Versklavung
- Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
- Feier- und Gedenktage für Menschenrechte, Demokratie und Frieden
- Sonstige Feier- und Brauchtage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion:

Sebastian Seng, Lea Winterscheidt, Ahmed Harun Oral; V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. Oktober 2026

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.